

Inhalt:

Seite 1: Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE / **Seite 2:** Gemeinsame Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE mit anderen Fraktionen / **Seite 2:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 2:** Die Landtagssitzung vom 17./18. Juni 2010 im Überblick / **Seite 8:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 8:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 9:** Lesetipps

Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE

Hier findet die **erste Beratung/Einbringung** zum jeweiligen Gegenstand Berücksichtigung.

- TOP 04 a):** Auswirkungen des Sparpakets der Bundesregierung auf Sachsen-Anhalt
Aktuelle Debatte: [Drs. 5/2659](#)
- TOP 05 b):** Dem Fachkräftemangel durch konzertiertes Handeln begegnen
Antrag: [Drs. 5/2645](#)
- TOP 11 b):** Umzug der Kunststiftung Sachsen-Anhalt
Antrag: [Drs. 5/2647](#)
- TOP 28:** Weiterer Erfolg des Stadtumbau Ost erfordert Altschuldenentlastung
Antrag: [Drs. 5/2641](#)
- TOP 29:** Besteuerung von vertraglichen Landeszuschüssen von Naturparken
Antrag: [Drs. 5/2642](#)
- TOP 30:** Wirtschaftspolitik endlich nachhaltiger gestalten
Antrag: [Drs. 5/2643](#)
- TOP 31:** Ausgestaltung der Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt
Antrag: [Drs. 5/2644](#)
- TOP 32:** Einsatz von Integrationshelferinnen und -helfern bzw. Schulbegleiterinnen und -begleitern im gemeinsamen Unterricht auf gesicherte Basis stellen
Antrag: [Drs. 5/2646](#)

Hier findet die **zweite/abschließende Beratung** zum jeweiligen Gegenstand auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses Berücksichtigung.

- TOP 08:** Entwurf eines Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetzentwurf: [Drs. 5/1930](#) (29.04.09); Beschlussempfehlung: [Drs. 5/2591](#) (21.05.10)
- TOP 21:** Hartz IV umwandeln in eine bedarfsorientierte Mindestsicherung
Antrag: [Drs. 5/2421 neu](#) (19.02.10); Beschlussempfehlung: [Drs. 5/2593](#) (21.05.10)
- TOP 22:** Konsequente dreijährige Förderung von nicht verkürzbaren Umschulungen
Antrag: [Drs. 5/2552](#) (21.04.10); Beschlussempfehlung: [Drs. 5/2594](#) (21.05.10)
- TOP 23:** Stabilisierung und Stärkung der finanziellen Situation der Landkreise
Antrag: [Drs. 5/1456](#) (02.09.08); Beschlussempfehlung: [Drs. 5/2626](#) (08.06.10)

Gemeinsame Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE mit anderen Fraktionen

TOP 02: Wahl der Mitglieder für die 14. Bundesversammlung durch den Landtag von Sachsen-Anhalt
Wahlvorschlag [Drs. 5/2660](#)

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen

TOP 04 b): Einführung einer Finanztransaktionssteuer
Änderungsantrag [Drs. 5/2680](#)

TOP 09: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt
Änderungsantrag [Drs. 5/2679](#)

TOP 16: Entwurf eines Zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform
Änderungsanträge [Drs. 5/2681](#) und [Drs. 5/2682](#)

Die Landtagssitzung vom 17./18. Juni 2010 im Überblick

Im folgenden werden in der Reihenfolge des zeitlichen Ablaufs in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt. Es erfolgt eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Punkte der [Tagesordnung](#).

Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

17. Juni 2010, erster Beratungstag

TOP 01: Die [Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung](#) erweist sich als notwendig, Prof. Dr. Birgitta Wolff wird neue Kultusministerin des Landes Sachsen-Anhalt. Sie tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz an, der als Präsident an die Humboldt-Universität in Berlin wechselt.

TOP 02: Ein neuer Bundespräsident ist zu wählen, damit steht die [Wahl der Mitglieder für die 14. Bundesversammlung durch den Landtag von Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2660\)](#) an. Die SPD teilt mit, dass Landesbischofin Junkermann ihre Bereitschaft zur Nominierung zurückgezogen hat, statt ihrer wird die Abgeordnete der SPD-Fraktion Dr. Gerlinde Kuppe vorgeschlagen (s. auch [Presse 1](#) und [Presse 2](#)). Eine Debatte findet nicht statt, dem Wahlvorschlag wird einstimmig gefolgt.

TOP 03: [„Sachsen-Anhalt - Das jüngste aller Bundesländer“](#) – dazu gibt [Ministerpräsident Böhmer](#) eine Regierungserklärung ab. Er blickt in die Geschichte, würdigt Erreichtes und stellt fest, dass auch nach 20 Jahren die Aufbauarbeit noch nicht beendet sei, vieles bleibe noch zu tun. Ausführlich widmet er sich u.a. der demografischen Entwicklung und der finanziellen Situation des Landes. In der folgenden [Aussprache](#) verweist der Fraktionsvorsitzende der LINKEN [Wulf Gallert \(Redemanuskript / Video\)](#) auf die Selbstentmachtung von Politik: „Dies ist die eigentliche Ursache von niedriger Wahlbeteiligung gerade im kommunalen Bereich und auf der Landesebene. Dies ist auch die Ursache für die geringe Kompetenzzuschreibung der Menschen an Politik, und zwar über alle politischen Ebenen hinweg. ... Wir wollen die Rückholung wichtiger gesellschaftlicher Entscheidungen in die politische Ebene. Wir wollen sie demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien wie diesem Landtag zuordnen. Wir wollen, dass die Menschen hier wie in den Kommunen Lösungskompetenz und die dafür notwendigen Ressourcen vorfinden und deren Wirkungen erleben. Nur über diesen Weg wird es langfristig möglich sein, eine wachsende Identifikation der Menschen mit diesem Land zu erreichen.“
Beschlüsse werden zu einer Regierungserklärung nicht gefasst.

TOP 07: Was da harmlos als [Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2616\)](#) daherkommt, bedeutet in der Konsequenz nicht weniger, als die Einführung einer Schuldenbremse ab dem Jahr 2013, dann soll/muss der Haushalt nach dem Willen der Landesregierung ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen. Immerhin hat sich die Landesregierung mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung für die „weiche“ Variante entschieden, ursprünglich sollte das in die Landesverfassung. Ob das, wie in der Gesetzesbegründung angekündigt, später erfolgen wird, steht allerdings in den Sternen – dafür bedarf es der Zweidrittelmehrheit im Landtag ... Für DIE LINKE artikuliert deren finanz- und haushaltspolitische Sprecherin **Dr. Angelika Klein** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) klare Ablehnung: „Mit der Verankerung eines Schuldenverbots in der Landeshaushaltsordnung macht man sich als Parlamentarier klein, man verzichtet auf Kontrolle, man verzichtet auf eine Debatte. ... Seit Jahren gibt es eine Steuerpolitik in der Bundesrepublik, die die Besserverdienenden entlastet. Angesichts einer Finanzkrise, in der die Banken mit Mitteln in Höhe von 500 Millionen € aus dem Staatshaushalt saniert werden, ist es endlich an der Zeit, über ein Steuersystem nachzudenken, das nicht nur mit der Verteilung von unten nach oben aufhört, sondern das auch für genügend Einnahmen sorgt, um die öffentlichen Haushalte angemessen auszustatten.“

Der Gesetzentwurf wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Finanzen überwiesen.

TOP 08: Zur abschließenden Beratung steht der [Entwurf eines Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/1930; Drs. 5/2016; Drs. 5/2591\)](#), DIE LINKE hatte den ersten Entwurf vorgelegt, wenig später folgte die Koalition, an dem sich der zuständige Ausschuss eingedenk der Mehrheiten orientierte. Dennoch begrüßt der kulturpolitische Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) das Gesetz: „Natürlich hätte es DIE LINKE gern gesehen, wenn wir uns zu etwas mehr Stringenz und zu weitergehenden Regelungen durchgerungen hätten. Wir wollten mit unserem Gesetzentwurf erreichen, dass das Vorhalten von Bibliotheken zu einer gemeinsamen Pflichtaufgabe der Kommunen wird und somit das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf ein gut erreichbares Bibliotheksnetz sicherstellen. Wir wollten eine konsequente Barrierefreiheit sowie die gesetzliche Festschreibung, dass Kinder und Jugendliche Bibliotheken kostenfrei nutzen können. Mit diesen Forderungen konnten wir uns leider nicht durchsetzen. ... Auch wenn unsere Forderungen weitergehender waren, so ist das Gesetz auch für uns ein Schritt in die richtige Richtung - DIE LINKE stimmt bei einigen Enthaltungen dem Gesetzentwurf mehrheitlich zu.“

Der Landtag folgt mehrheitlich der Empfehlung des Ausschusses, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD mit den vorgenommenen Änderungen anzunehmen, die FDP lehnt ab, einige wenige Abgeordneten der LINKEN enthalten sich.

TOP 09: Nach langwierigen Beratungen kommt nun der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/751; Drs. 5/2198; Drs. 5/2220; Drs. 5/2221; Drs. 5/2617; Drs. 5/2676; Drs. 5/2677; Drs. 5/2679\)](#) zur abschließenden Beratung ins Plenum. Der hochschulpolitische Sprecher der LINKEN **Hendrik Lange** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) erläutert nochmals ausführlich die Änderungsanträge seiner Fraktion und resümiert: „Lange hat es gedauert, bis aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung das Änderungsgesetz wurde, welches uns heute vorliegt. Und es war ein schwieriger Weg. ... Zudem haben die anderen Fraktionen schon die Ablehnung unserer Änderungsanträge signalisiert, sodass wir das Gesetz in Gänze ablehnen werden.“

So kommt es auch, die Koalition stimmt nach Annahme ihres Änderungsantrages zu, die FDP enthält sich, DIE LINKE lehnt ab. Zuvor waren die Änderungsanträge der LINKEN und der FDP abgelehnt worden.

TOP 10: Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2654; Drs. 5/2678\)](#) vor, es geht um eine Reihe von Präzisierungen in Folge eines Gerichtsurteils bis hin zu Fragen der Schülerbeförderung. Zu diesen äußert sich auch der bildungspolitische Sprecher der LINKEN **Matthias Höhn** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)): „Ich will zunächst darauf hinweisen, dass das, was jetzt von der Landesregierung vorgeschlagen worden ist, für die Schülerinnen und Schüler an den Waldorfschulen eine Verschlechterung der Zugangsmöglichkeiten zu Bildung darstellt. ... Sollten wir uns nicht darauf verständigen können, dass wir einen Status quo für die Betroffenen wahren, ist es wohl das Mindeste, dass wir in der Gesetzesnovelle dafür Sorge tragen, dass die Schülerinnen und Schüler, die unter der gültigen Gesetzeslage ihre Schulzeit angetreten haben, sie auch unter diesen Bedingungen beenden können. Das wäre nur fair.“

Einstimmig werden die Ausschüsse für Bildung, Wissenschaft und Kultur, für Finanzen und für Inneres mit der weiteren Beratung betraut.

TOP 11: Zur Problematik [Umzug der Kunststiftung Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2615; Drs. 5/2647; Drs. 5/2683\)](#) legen die FDP und DIE LINKE jeweils einen Antrag vor, die Koalition steuert gleich noch einen Änderungsantrag bei. Im Kern geht es darum, dass die Kunststiftung Sachsen-Anhalt aus ihrem bisherigen Sitz

ausziehen und eine neue Geschäftsstelle in der Villa am Neuwerk 11 in Halle/Saale beziehen soll, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Das wirft natürlich Fragen auf, auch für den kulturpolitischen Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)): „... die Stiftung soll zeitgenössische Kunst fördern und nicht sich selbst. Der geplante Umzug und die daraus resultierenden Kosten sprengen jeglichen Rahmen und deshalb muss die Angelegenheit auf den Prüfstand. Wir erwarten, dass alle Alternativen hierzu geprüft werden. Alles andere ist unverantwortlich gegenüber anderen kulturellen Einrichtungen und Organisationen, die an knappen Mitteln oder auch unter der Haushaltssperre leiden.“ **Kultusministerin Wolff** signalisiert immerhin Nachdenklichkeit und ein gewisses Verständnis für die Diskussion, man wolle weitere Varianten der Nutzung der Villa prüfen.

Der Änderungsantrag der Koalition - er war mündlich hinsichtlich einer Terminänderung noch modifiziert worden - wird angenommen, der so geänderte Antrag der FDP wird von allen Fraktionen angenommen. Der Antrag der LINKEN wird dann folgerichtig abgelehnt.

TOP 13: Der [Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufnahmegesetzes \(Drs. 5/2379; Drs. 5/2623\)](#), eingereicht von der Koalition, wird abschließend beraten, es geht um die Korrektur einer Doppelveranschlagung der Kosten für die Unterbringung von Personen nach dem Aufnahmegesetz. Die migrationspolitische Sprecherin der LINKEN **Dolores Rente** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) hält den gewählten Lösungsweg für falsch: „...die bisherigen Regelungen zur Erstattung der Unterbringungskosten bedeuteten zu mindestens eine relativ sichere Deckung der entstandenen Kosten für die Landkreise und kreisfreien Städte. Hinzu kommt, dass die bisherige Erstattungsmethode eine flexiblere und stärker bedarfsbezogene Ausgestaltung ermöglichte. ... Bei der beabsichtigten neuen Regelung - der Herausnahme aus dem Aufnahmegesetz und der pauschalen Erstattung im Rahmen des FAG - besteht jetzt die reale Gefahr, dass die Zweckbindung deutlich in den Hintergrund gerät ...“

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Koalition und der FDP angenommen, DIE LINKE lehnt ab.

TOP 14: Ebenfalls abschließend wird der [Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2400; Drs. 5/2624\)](#) beraten. DIE LINKE sieht ihre kritische Sicht auf bestimmte Aspekte des Vorhabens bestätigt, wie deren innen- und rechtspolitische Sprecherin **Gudrun Tiedge** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) unterstreicht: „Unsere Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Volkszählung und die Frage der Verhältnismäßigkeit zwischen der Preisgabe von persönlichen Daten und dem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger konnten auch in der Anhörung nicht beseitigt werden. ... es kann nicht ausgeschlossen werden, dass adressgenau sämtliche Daten einer, also der entsprechenden Person zugeordnet werden können. Und auszuschließen ist ebenfalls nicht die Möglichkeit der Zweitverwertung der erhobenen Daten. Völlig unverständlich ist und bleibt, warum der Staat das bloße Bekenntnis zu einer Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung hinterfragt.“

Mit den Stimmen von CDU und SPD wird der Gesetzentwurf beschlossen, die FDP enthält sich, DIE LINKE lehnt ab.

TOP 17: Der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes für Sachsen-Anhalt und des Fischereigesetzes \(Drs. 5/2650\)](#) von der Landesregierung und der Antrag der FDP [Hilfe für die Fischereiwirtschaft \(Drs. 5/2648\)](#) - es geht um die Kormorane - werden gemeinsam beraten. Die recht umfangreiche Gesetzesnovelle ist wesentlich den Folgen der Föderalismusreform geschuldet, zudem ist das Landesjagdgesetz eines der ältesten des Landes und auch insofern novellierungsbedürftig. Der agrarpolitische Sprecher der LINKEN **Hans-Jörg Krause** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) begrüßt die Berücksichtigung der Erfahrungen der Jäger: „Zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes und des Fischereigesetzes kann ich feststellen, dass in nicht wenigen Facetten die Handschrift der Landesjägerschaft trägt. ... Aufgrund des langjährigen Bemühens des Landesjagdverbandes ist es gelungen, einige wichtige Erfahrungen der Jägerschaft unseres Landes in den Gesetzentwurf einfließen zu lassen.“

Der Gesetzentwurf wird einstimmig in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen, der Antrag der FDP ebenso und zusätzlich noch in den Ausschuss für Umwelt.

18. Juni 2010, zweiter Beratungstag

TOP 16: Mit der zweiten Beratung zum [Entwurf eines Zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform \(Drs. 5/2401; Drs. 5/2629\)](#) und **11 weiteren Einzelgesetzen** (alle 34 Drucksachen zum Thema sind [hier](#) abrufbar) soll die umstrittene Gemeindegebietsreform zum Abschluss gebracht werden. Der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) spart denn auch nicht mit Kritik: „Das auf der Seite 36 der Koalitionsvereinbarung nachzulesende Ziel der Gemeindegebietsreform führte nur dazu, eine erhebliche Zahl von Mandaten zu streichen, eine Haushaltskonsolidierung des Landes durch eine drastische Reduzierung der gemeindlichen Zuschüsse zu erzielen und benennbaren

„Platzhirschen“ ein neues bzw. erweitertes Betätigungsfeld zu sichern. Das eigentliche Ziel, über eine zukunfts- und leistungsfähige Gemeindestruktur Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass möglichst alle erstinstanzlichen Aufgaben auf der gemeindlichen Ebene bearbeitet und entschieden werden können, ist dem politisch Kalkül geopfert worden.“ Zuvor bereits hatte sein FDP-Kollege [Guido Kosmehl](#) in dankenswerter Klarheit bemerkt: „Diese Gebietsreform ist Murks!“

Dank der FDP und der LINKEN wird so ziemlich alles namentlich abgestimmt, so dass im Sitzungsprotokoll nachvollziehbar und vergleichbar sein wird, wer sich wie verhalten hat – im Landtag und in seinem Wahlkreis. Mit den Stimmen der Koalition findet die Gemeindegebietsreform vorerst ihren gesetzlichen Abschluss, DIE LINKE und die FDP lehnen ab.

TOP 04: Eine **Aktuelle Debatte** wurde von der LINKEN zum Thema [Auswirkungen des Sparpakets der Bundesregierung auf Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2659\)](#) beantragt, in Verbindung damit wird der Koalitionsantrag **Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Drs. 5/2656; Drs. 5/2680)** behandelt. Für DIE LINKE erklärt deren finanz- und haushaltspolitische Sprecherin [Dr. Angelika Klein \(Redemanuskript / Video\)](#): „Wenn dieses Sparpaket kommt, wie es verkündet wurde, dann kann sich Sachsen-Anhalt mitsamt seiner Schuldenbremse warm anziehen. Denn Sachsen-Anhalt hat einen der höchsten Anteile an Hartz-IV-Empfängern bzw. Langzeitarbeitslosen, Sachsen-Anhalt hat einen der höchsten Anteile von Kindern, die in Hartz-IV-Familien geboren werden und auch das Durchschnittseinkommen gehört mit zu den niedrigsten. ... Wer als Regierung solche Sparvorschläge beschließt, bewegt nichts und löst auch die Probleme nicht, kündigt aber den gesellschaftlichen Frieden auf. Hektisches Sparen bei den Armen führt weder zu einer schnellen und schon gar nicht zu einer nachhaltigen Konsolidierung und auch nicht zu Strukturreformen, die die Binnennachfrage stärken.“ [Ministerpräsident Böhmer](#) ist vorerst nicht bereit, für die Landesregierung eine Position zum Sparpaket zu äußern. Zum einen mit Blick auf die Koalition von CDU und SPD, in der es natürlich verschieden Auffassungen gebe, zum anderen sei noch nichts entscheidungsreif, da noch keinerlei Gesetze vorlägen. Der Änderungsantrag der LINKEN zur Finanztransaktionssteuer wird abgelehnt, angenommen wird der Koalition.

TOP 05: Die SPD fordert eine Aktuelle Debatte zum Thema [Sicherung des Fachkräftebedarfs - Sicherung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2658\)](#), zusammen damit wird der Antrag der LINKEN [Dem Fachkräftemangel durch konzertiertes Handeln begegnen \(Drs. 5/2645\)](#) behandelt. Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion [Edeltraud Rogée \(Redemanuskript / Video\)](#) betont: „Der Fachkräftemangel ist hinsichtlich seiner Ursachen, Auswirkungen und wirksamen Lösungsstrategien ein gesamtgesellschaftliches Problem. Eine effiziente und nachhaltige Problemlösung ist nur möglich, wenn sich die wesentlichen regionalen Akteure wie Tarifpartner, Unternehmen, Schulen, Hochschulen, Kultusministerium, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Arbeitsagentur, Jobcenter, branchenkompetente Bildungsdienstleister und andere gemeinsam an die Lösung des Problems heranwagen und ergebnisoffen nach Lösungen suchen.“

Der Antrag der LINKEN wird in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen, lediglich die FDP spricht sich dagegen aus.

TOP 36: Auf Wunsch der FDP wird eine Aktuelle Debatte zum Thema [Besetzungsverfahren Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2664\)](#) geführt, die Problematik ist seit Wochen in der öffentlichen Diskussion. [Ministerpräsident Böhmer](#) stellt fest, dass es noch keinen Konsens zur Neubesetzung gebe. Wenn es den geben wird, werde er sich an die Fraktionen wenden. Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE [Wulf Gallert \(Redemanuskript / Video\)](#) bemerkt: „Will man sich jedoch dem aktuellen Problem der Neubesetzung dieser Stelle nähern, darf man über die Ursachen nicht schweigen. Und die Ursache liegt nun einmal in der vorhergehenden Besetzung dieser Stelle durch den ehemaligen Landtagsabgeordneten der CDU, Herrn Ruden. ... Wir wissen jetzt alle, dass Herr Ruden für diese Position völlig ungeeignet war und wenn wir ehrlich sind - viele von uns wussten es schon vorher. Es war die Kombination von selbstgerechter undifferenzierter Anklage all derjenigen, die Herr Ruden für die Vertreter des politischen Systems der DDR hielt, ähnlich wie jetzt übrigens auch in der Debatte um den ehemaligen Kultusminister Olbertz, und andererseits das völlige Fehlen an Selbstzweifel, das völlige Fehlen der Hinterfragung der eigenen Verantwortung, der eigenen Fehler und der eigenen Kompromisse.“ Er warnt davor, dass Problem aussitzen zu wollen, der Ministerpräsident solle endlich seine Verantwortung wahrnehmen. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

TOP 18: Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Stiftungsgesetzes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2651\)](#), ein solches gibt es nämlich noch nicht. Mit dem Gesetz verbindet die Landesregierung die Hoffnung, Sachsen-Anhalt als Stiftungs-Standort attraktiver zu machen. Der Gesetzentwurf wird einstimmig in die Ausschüsse überwiesen.

TOP 19: Mit dem [Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Verbraucherinformationsgesetz \(Drs. 5/2652\)](#) will die Landesregierung mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die verbraucherpolitische Sprecherin der LINKEN **Angelika Hunger** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) bemängelt die Lückenhaftigkeit des Gesetzentwurfs: „In der Ausschussberatung sollte es uns gelingen, dieses Gesetz verbraucherfreundlicher zu machen. Ich denke dabei insbesondere an die zwei Anregungen, die die Verbraucherzentrale gegeben hat, zum Beispiel dass die Verbraucheranfragen, die an nicht zuständige Stellen gerichtet werden, verbindlich an die zuständige Stelle weitergeleitet werden müssen und nicht einfach die Nichtinformation gegeben wird. Für den Fall, dass Anfragen zu rechtskräftig festgestellten Verstößen von Unternehmen gestellt werden, soll auf eine Anhörung des Unternehmens, ob diese Informationen weitergegeben werden können, verzichtet werden. So könnte man die Informationsvermittlung wesentlich beschleunigen.“ Der Gesetzentwurf wird in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

TOP 21: Der zuständige Ausschuss hat eine Beschlussempfehlung zum Antrag der LINKEN [Hartz IV umwandeln in eine bedarfsorientierte Mindestsicherung \(Drs. 5/2421 neu; Drs. 5/2593\)](#) zur Abstimmung vorgelegt. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) ist eher unzufrieden: „Wir brauchen eine Mindestsicherung, die sich am Individualprinzip orientiert, sodass jeder bedürftige Mensch einen eigenen Anspruch hat. Wir brauchen eine Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche, die eine eigenständige ist und die sich eben nicht vom Anspruch der Eltern ableitet. Wir müssen weg von der Fiktion des Ansparens von Mitteln aus den Regelfällen für die Wechselfälle des Lebens, weil sich gezeigt hat, dass die paar Euro ausgegeben werden müssen. ... Wir müssen die Regelungen zur Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten grundlegend reformieren und im Zusammenhang damit auch das System der Sanktionen überdenken. Wir müssen mit dem Irrglauben aufräumen, dass es vor allem an der fehlenden Motivation der Arbeitslosen liegt und nicht an den fehlenden Arbeitsplätzen. Es ist genau umgekehrt.“ Trotz der Kritik stimmen der Empfehlung alle Fraktionen zu.

TOP 22: Auch zum Antrag der LINKEN [Konsequente dreijährige Förderung von nicht verkürzbaren Umschulungen \(Drs. 5/2552; Drs. 5/2594\)](#) liegt eine Beschlussempfehlung vor, der Ausschuss für Wirtschaft folgt dem Anliegen im wesentlichen, die Landesregierung soll nun in diesem Sinne aktiv werden. Das wird einstimmig so beschlossen.

TOP 30: DIE LINKE will die [Wirtschaftspolitik endlich nachhaltiger gestalten \(Drs. 5/2643\)](#), in der **Antragsbegründung** heißt es u.a.: „DIE LINKE hat schon vor einem Jahr die Landesregierung aufgefordert, das Gießkannenprinzip bei den Fördermitteln zu beenden und die Erwartung geäußert, dass sie Verantwortung für die Menschen, die Anspruch auf ein würdiges Leben haben, wahrnimmt. Dazu gehört, dass die Vergabe von Steuergeldern an Unternehmen unbedingt an Beschäftigung geknüpft werden muss; Investitionsförderung ohne Bindung an neue Jobs darf es in Sachsen-Anhalt nicht geben.“ Und der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) fügt hinzu: „Sachsen-Anhalt mag durchaus ein gutes Land für Unternehmen sein, die hier mit niedrigen Löhnen oder billigen Grundstückskosten agieren können, oder ein Land, in dem die Gewerbeflächen von den Kommunen zu Niedrigstpreisen oder möglichst noch subventioniert erworben werden können, das heißt zu Preisen, ohne eine entsprechende steuerliche Gegenleistung zu erhalten. Für Beschäftigte, die existenzsichernd bezahlt werden möchten, für gut ausgebildete Fachkräfte, die sich in diesem Land langfristige Perspektiven erarbeiten möchten, die auch Karriere machen möchten, ist Sachsen-Anhalt jedoch offenbar viel zu wenig attraktiv. ... Wir wollen, dass mit vernünftigen Investitionszahlen wieder vernünftige Arbeitsplätze verbunden werden. Die Investitionsförderung muss an neue Jobs gebunden werden. Sie muss an gute Arbeitsbedingungen geknüpft werden.“ Der Antrag wird zur weiteren Beratung einstimmig in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

TOP 31: Für die [Ausgestaltung der Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2644\)](#) setzt sich DIE LINKE mit diesem Antrag ein. **Begründet** wird das Anliegen u.a. so: „DIE LINKE hat ... entsprechend dem Grundsatz „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ den Vorschlag gemacht, alle Leistungen, die im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende gezahlt werden, also die Regelleistung, die Kosten der Unterkunft, die Mehraufwandsentschädigung und die Beiträge zu den Sozialversicherungsbeiträgen, zusammenzufassen und in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt umzuwandeln.“ Der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) ist folgendes wichtig: „Wir haben ... gesagt, dass die Höhe des Einkommens so nicht geht, weil sie die Betroffenen im System von Hartz IV festhält und weil das auch Absicht ist. ... Wir haben des Weiteren von Anfang an kritisiert, dass die Beschäftigungsverhältnisse nicht voll sozialversichert sind. ... Wir wollen mit solchen Forderungen Druck ausüben. Wir wollen Druck ausüben auf eine Gesellschaft, die es zulässt, dass Menschen trotz einer Vollzeitätigkeit auf staatliche Hilfe angewiesen sind, denn das kann einfach nicht wahr sein.“ Der Antrag wird gegen die Stimmen der FDP in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

TOP 23: Um die [Stabilisierung und Stärkung der finanziellen Situation der Landkreise \(Drs. 5/1456; Drs. 5/2626\)](#) ging es der LINKEN mit diesem Antrag, der Ausschuss für Inneres sieht ihn mehrheitlich als erledigt an. Nicht ganz so DIE LINKE, wie deren kommunalpolitischer Sprecher **Gerald Grünert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) anmerkt: „Das für die Jahre 2010 und 2011 beschlossene Finanzausgleichsgesetz ist für die Mehrzahl der Kommunen eine Zumutung. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben bedrohen die kommunale Handlungsfähigkeit. Die Landesregierung ist aufgefordert, alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Arbeit der Gemeindefinanzkommission im Sinne stärkerer finanzieller Einnahmen der Kommunen wahrzunehmen. Die Kommunen in unserem Land müssen in der derzeitigen Situation finanziell stabilisiert und gestärkt werden. Notwendig ist eine auskömmliche Finanzausstattung, um eine zukunftsfähige öffentliche Daseinsvorsorge in allen Kommunen zu ermöglichen.“
CDU, SPD und FDP folgen der Beschlussempfehlung, DIE LINKE stimmt dagegen.

TOP 28: Ein [Weiterer Erfolg des Stadtumbau Ost erfordert Altschuldenentlastung \(Drs. 5/2641\)](#), so die Position der LINKEN. In der **Antragsbegründung** steht dazu u.a.: „Altschulden nach dem Altschuldenhilfegesetz sind ein untaugliches Konstrukt infolge des Vereinigungsprozesses. Planwirtschaftliche Verrechnungsinstrumente, welche die Übernahme der Ergebnisse des DDR-Wohnungsbaus in die Bestände der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnraumversorgung regelten, wurden 1990 von DDR- in D-Mark-Schulden zu einem Kurs von 2:1 umgewandelt.“ Der Sprecher der LINKEN für Stadtumbau und Wohnungspolitik **Guido Henke** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) unterstreicht: „Zum guten Wohnen der Zukunft gehören neben sozialverträglichen Mieten und energieeffizienten Häusern auch die Kaufhalle, ÖPNV-Haltestelle, Physiotherapeut, Arzt und Apotheker – alles gleich nebenan. Dazu zählen barrierefreie Wege und Zugänge ebenso wie Sicherheit im Wohngebiet. Zur erfolgreichen Fortsetzung des Stadtumbaus brauchen wir also die Streichung der Altschulden, die aufgabengerechte Kommunalfinanzausstattung und auskömmliche KdU-Sätze - wir sind gezwungen, jetzt zu handeln.“
CDU, SPD und FDP stimmen für eine Überweisung in den zuständigen Ausschuss, das will DIE LINKE nicht und lehnt es folgerichtig ab.

TOP 29: DIE LINKE fordert die [Besteuerung von vertraglichen Landeszuschüssen von Naturparks \(Drs. 5/2642\)](#), die Landesregierung soll abschließend darlegen, wie die vertraglichen Zuschüsse des Landes auf der Grundlage abgeschlossener Verträge zwischen dem Land und Naturparks steuerrechtlich zu bewerten sind, so steht es im Antrag. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)): „Die Naturparke des Landes Sachsen-Anhalt unterliegen vertraglichen Bindungen mit dem Land, in dem sie sich zu vereinbarten Naturschutzaufgaben verpflichten. Diese langfristigen Vertragswerke von 2007 sind für alle fünf Naturparke des Landes vom Grundsatz identisch. Für diese umfangreichen Aufgabenstellungen erhalten die Vereine vertraglich festgesetzte Finanzmittel zur Erfüllung dieser Aufgaben. ... Es kann nicht sein, dass sich das Land eines Dienstleisters bedient und dann die schon gemessen am Aufgabenbestand spärlichen Zuschüsse auf dem Umweg der Erhebung der Umsatzsteuer um fast die Hälfte reduziert.“
Die Koalition lehnt eine Ausschussüberweisung ab, den Antrag selbst ebenso.

TOP 32: Den [Einsatz von Integrationshelferinnen und -helfern bzw. Schulbegleiterinnen und -begleitern im gemeinsamen Unterricht auf gesicherte Basis stellen \(Drs. 5/2646\)](#), so fordert es dieser Antrag der LINKEN, in der **Antragsbegründung** wird das Anliegen so umrissen: „Ziel muss es sein, Kindern mit Behinderungen und Schülerinnen und Schüler in allen Schulen den Weg zum gemeinsamen Unterricht zu erleichtern und Inklusion ohne große bürokratische Hürden möglich zu machen.“ Der behindertenpolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Detlef Eckert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) kritisiert bestehende Diskriminierungen: „Aufgrund der Initiativen von Eltern oder auch von Behindertenorganisationen streben seit mehreren Jahren Kinder mit Behinderungen danach, im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts in so genannten Regelschulen zu lernen. Dafür sind nicht nur barrierefreie Räume erforderlich, sondern auch personelle, sehr individuell abgestimmte Hilfen. Da kommen Integrationshelfer bzw. Schulbegleiter ins Spiel. Sie unterstützen, sie helfen, sie assistieren bei der Bewältigung des Schulalltags, beim Lernen, beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder. Wie sie arbeiten, in welchem Umfeld sie arbeiten und in welchem Anstellungsverhältnis und unter welchen Bedingungen diese Leistungen erbracht werden, ist in Sachsen-Anhalt höchst unterschiedlich.“
Der Antrag wird in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie in den Sozialausschuss überwiesen.

Redebeiträge der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN

⇒ Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die [Pressemitteilungen](#) der letzten Jahre zu finden.

⇒ Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Informationen sind hier zu finden:



15. November 2009: [Beschluss des Landesparteitages zum Antrag der Landtagsfraktion zum Landesentwicklungsplan und zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik](#)

⇒ DIE LINKE – Bildung wirkt!



Dokumentiert: [Erklärung der Fraktion DIE LINKE zu den Ergebnissen des Bildungskonvents für das Land Sachsen-Anhalt](#)

Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise

- 25. Juni 2010, Wiesbaden: Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN
- 26. Juni 2010, Magdeburg: LAG Bildungspolitik
- 30. Juni 2010, Berlin: Bundesversammlung
- 09./10. September 2010, Magdeburg: Landtagssitzung

In der sitzungsfreien Zeit des Landtages findet jeweils am Dienstag, 10.00 Uhr eine Fraktionszusammenkunft statt. Die nächste reguläre Fraktionssitzung findet am 17. August 2010 statt. Am 23./24. August 2010 führt die Fraktion in Wörlitz ihre Sommerklausur durch.

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

[Pressefreiheit ist das tägliche Brot der Demokratie](#)

[Verlierer des Jahrzehnts: Die Mittelschichten](#)

[Was der Mitte das Leben vermiest](#)

[Projekt Linke Mitte](#)

[Vorschlag für ein rot-rot-grünes Manifest](#)

[Die Schwäche des Gegners](#)

[„Wir wollen anders sparen“](#)

[CDU-Politiker Brok rechnet mit Koalition ab](#)

Dokumentiert: [Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert](#)

Immer lesenswert!



PDF-Download dieser und früherer Ausgaben: [HIER](#)

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de